



Entschließungsantrag zu der dritten  
Beratung des Gesetzentwurfs der  
Bundesregierung -19/3400, 19/3402,  
19/4623, 19/4624, 19/4625, 19/4626-  
Entwurf eines Gesetzes über die  
Feststellung des Bundeshaushaltsplans  
für das Haushaltsjahr 2019  
(Haushaltsgesetz 2019) hier:  
Einzelplan 60 Allgemeine  
Finanzverwaltung

**Parlamentarische Initiativen von Lorenz Gösta Beutin, Gesine  
Löttsch, Heidrun Bluhm-Förster, Ralph Lenkert, Victor Perli,  
Hubertus Zdebel, 20. November 2018**

**20.11.18 - Entschließungsantrag -  
Drucksache Nr. 19/5852**

Der fortschreitende Klimawandel erfordert sofortiges  
Handeln zur Dekarbonisierung der Volkswirtschaften.  
Die Energiewende darf aber nicht blind auf dem  
Rücken der Beschäftigten der überkommenen  
Energiewirtschaft bzw. der Kohlereviere stattfinden.  
Die Auswirkungen des Wandels müssen  
sozialpolitisch begleitet und soweit wie möglich

abgefedert werden. Nur so kann ein Klima des Wandels hin zu einer neuen, zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur geschaffen werden. Zur Finanzierung des Strukturwandels im Rahmen des Kohleausstiegs fordert DIE LINKE eine Anhebung der Mittel zur Förderung von Maßnahmen zur Strukturanpassung in Braunkohlebergbauregionen für das Jahr 2019 von 8 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro. Gleichzeitig sollen die Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre ab 2020 auf jährlich 500 Millionen Euro angehoben werden.

**Herunterladen als PDF**

## Hier spricht die Opposition

Den Newsletter *Hier spricht die Opposition* erhalten Sie wöchentlich per E-Mail – der bequemste Weg, immer aktuell informiert zu sein über die Aktivitäten und Initiativen unserer Fraktion. Abonnieren Sie jetzt!